



Umriss einer solidarischen europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik

15. März 2013



Umriss einer solidarischen europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik

Die Euro-Krise wurde durch die internationale Finanzkrise wesentlich mit ausgelöst, hat aber sehr viel tiefer liegende Gründe. Auch die Finanzkrise hat ihre Ursache nicht im Fehlverhalten einzelner Banker, sondern sie war Folge einer kriselnden Realwirtschaft und einer Deregulierungspolitik, die das Entstehen von Finanzblasen systematisch beförderte. Die Krise der Realwirtschaft und die Deregulierungspolitik sind ihrerseits Ausdruck einer bestimmten Ausprägung des Kapitalismus, die der ökonomischen Entwicklung nicht entsprach. Die Krisenhaftigkeit ist dem Kapitalismus immanent.

Als Institut Solidarische Moderne sind wir uns bewusst, dass wir uns heute in den Zwängen des Kapitalismus bewegen. Wir machen uns keine Illusion darüber, dass soziale Reformen dieses Strukturprinzip außer Kraft setzen. Deshalb halten wir es für richtig, es zu benennen, zu kritisieren und nach Alternativen zu suchen. Wir wissen aber auch, dass Kapitalismus in verschiedenen Varianten existiert und es keinen Sinn hat, auf die Systemalternative zu warten. Deshalb kämpfen wir gegenwärtig für Projekte, die das Leben der Menschen verbessern. Die Bewältigung der „Euro-Krise“ trifft das Mark dieser Gesellschaft. Staaten stehen vor der Insolvenz. Neoliberale fragen sich, ob die Linke nicht doch Recht hatte.

Und egal, wohin man schaut, erlebt man Unsicherheit.

Mit diesem Papier ergreifen wir daher die Gelegenheit, einen Versuch der Einordnung und der Formulierung linker Alternativen zu machen – als Einladung zur Diskussion. Dabei kommen wir nicht umhin, einen Blick zurück zu werfen auf das, was passiert ist, was dessen Ursachen sind, um im Anschluss eine Perspektive linker Politik zu entwerfen.

Die Krise ist nicht vorbei. Ausgelöst durch das Platzen einer Immobilienblase in den USA im Sommer 2007 hat sie sich rasch nach Europa ausgebreitet. Den Rettungsaktionen mit öffentlichen Haushaltsmitteln folgte in mehreren Ländern die Haushaltskrise mit drastischen Kürzungsprogrammen und großen sozialen Schieflagen. In Griechenland und Spanien ist die Jugendarbeitslosigkeit mittlerweile auf über 50 Prozent geklettert. Armut breitet sich aus. Die Obdachlosigkeit nimmt zu. Immer mehr Menschen sind für ihre tägliche Ernährung auf Almosen angewiesen. Kollabierende Gesundheitssysteme haben zur Folge, dass gut behandelbare Krankheiten wieder zu einem tödlichen Risiko werden.

Rechtsradikale und rechtspopulistische Kräfte haben Zulauf. Anti-europäischer Po-



pulismus feiert Urstände. Ohnehin gesellschaftlich benachteiligte Gruppen wie Migrant_innen und ethnische Minderheiten werden zu Sündenböcken gemacht. Wir wollen Ursachen der Krise benennen und Wege zu ihrer Überwindung, insbesondere auf der europäischen Ebene, aufzeigen. Dabei kritisieren wir insbesondere die Haltung der Regierung Merkel. Als mächtigster Akteur der EU hat sie am nachdrücklichsten auf die unnachgiebige Austeritätspolitik in den Euro-Krisenländern gedrungen – mit den bekannten Folgen. Für die daraus entstandenen politischen und ökonomischen Schäden und das soziale und menschliche Leid trägt sie wesentlich Verantwortung. Das wiegt umso schwerer, als die Regierung Merkel anders hätte handeln können und auf die Wirtschaftskrise im eigenen Land – d.h. in Deutschland 2009/2010 – eben nicht mit Kaputtsparen, sondern mit umsichtigen Konjunkturimpulsen reagiert hat.

1. Charakter und Ursachen der Krise

Die Expansion der Finanzmärkte kann nur im Zusammenhang mit den Krisentendenzen der Realwirtschaft in den 70er Jahren und damit einhergehenden politischen Weichenstellungen verstanden werden. Die Probleme der Realwirtschaften werden meist auf die Kombination von nicht ausgelasteten Produktionskapazitäten und einem Ende des Nachkriegsbooms zurückgeführt. Politisch wurde 1973 das System der festen Wechselkurse aufgehoben, der Kapitalverkehr Schritt für Schritt liberalisiert und so der Weg dafür geschaffen, dass sinkende Profitraten in der Realwirtschaft durch Aktivitäten auf den Finanzmärkten kompensiert

wurde. Die sehr schnelle Zunahme von Finanzgeschäften war bereits damals Ausdruck von Krisentendenzen. Sie war Symptom und nicht Ursache. Die Stagflation der 1970er Jahre eröffnete verschiedene politische Handlungsoptionen, gewählt wurde die Kombination aus monetaristischen und marktliberalen Rezepten.

Dieser Zusammenhang, der zum einen den Blick auf die politische Regulierung des Finanzsektors und zum anderen auf die dem Kapitalismus innewohnenden Krisentendenzen lenkt, wird in der Bewältigung der heutigen Krise nicht berücksichtigt. Stattdessen reagierten zahlreiche Staaten der Welt auf die Krise, indem sie systemrelevante Banken retteten und Konjunkturprogramme großen Ausmaßes auflegten. Damit wurde zwar ein Kollaps verhindert, es fand aber gleichzeitig eine Sozialisierung privater Verluste statt, während eine effektive Regulierung des Finanzsektors noch immer auf sich warten lässt; geschweige denn, dass Veränderungen in der Funktionsweise des Kapitalismus vorgenommen wurden.

Die Krise hat aber nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine politische, soziale und ökologische und eine geschlechtsspezifische Dimension. Zeitlich lässt sie sich in einen größeren Rahmen einordnen. Seit den 1970er Jahren haben sich die Wachstumsraten in allen wirtschaftlich hoch entwickelten Industrieländern deutlich verlangsamt. Da unser gegenwärtiges Wirtschaftssystem aber zu seinem reibungslosen Funktionieren auf Wachstum angewiesen ist, lässt sich die Krise auch als Wachstumskrise interpretieren. Die Krise ist über konkrete Fehlent-



wicklungen im Finanzsektor und eine falsch konstruierte Währungsunion hinaus eben auch eine Krise des kapitalistischen Modells und seiner demokratischen Regulierung.

1.1. Eine falsch konstruierte Währungsunion

Die gegenwärtige Krise lässt sich sicher nicht auf eine einzige Ursache zurückführen. Aber kaum jemand bestreitet, dass die Krise ein deutliches Indiz für gravierende Fehler in der Konstruktion des Eurosystems ist. Jahrelang wurde darauf gesetzt, dass sich durch entfesselte Märkte wie von selbst eine Konvergenz der Volkswirtschaften im Euroraum einstellen würde. Diese Annahme wurde durch den bisherigen Verlauf der Krise gründlich widerlegt.

Anstatt sich anzunähern, drifteten die ökonomischen Indikatoren der Volkswirtschaften im Euroraum seit Ausbruch der Krise dramatisch auseinander. Statt ausreichend in Märkte einzugreifen, wo sie sich als kontraproduktiv für das Allgemeinwohl herausstellen, wurde in Kauf genommen, dass die Wohlstandskluft sowohl in als auch zwischen den Staaten immer größer wurde. Wo eine Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und Solidarität angesagt gewesen wären, regiert das Prinzip von Wettbewerb und Konkurrenz.

Lange hat die Mehrheit in Politik und Wirtschaftswissenschaft den Glauben genährt, dass eine Währungsunion als 'Autopilot' automatisch funktionieren kann. Dabei wurde ignoriert, dass sich im Euroraum - vom Finanzsektor mit angetrieben - immer größere wirtschaftliche Ungleichgewichte

aufbauten. Als in den Ländern Südeuropas durch die Euroeinführung die Inflation drastisch zurückging, strömte viel anlagensuchendes Kapital dort hin. Die Zinsen sanken, die dadurch entstandenen Haushalts-spielräume wurden zu wenig zur Entschuldung genutzt, und die Verschuldung stieg vor allem durch unproduktiven Konsum und Immobilieninvestitionen. Dadurch stiegen wiederum die Löhne schneller als die Produktivität, was die Peripheriestaaten Wettbewerbsfähigkeit kostete. Nachdem Investoren wegen der Finanzkrise ihre Kreditrisiken wesentlich höher einstufen, kehrte sich dieser Trend um. Seitdem wurde in großem Stil Kapital aus diesen Ländern abgezogen, erst seit kurzem gibt es wieder einige Rückflüsse. Die Zinsen für Staatsanleihen sind dramatisch gestiegen, und einige Länder und ihre Banken sind von den internationalen Kapitalmärkten sogar fast völlig abgeschnitten.

Diese Entwicklung ist in Europa nicht nur auf den Euroraum beschränkt. Die ersten EU-Staaten, die um Not-Kredite bei internationalen Institutionen nachsuchen mussten, waren Lettland, Ungarn und Rumänien, also Länder Mittel- und Osteuropas, die den Euro als gemeinsame Währung noch gar nicht besitzen.

Finanzmärkte neigen zu Herdentrieb, Spekulation und damit einhergehend zum Überschießen und zu ökonomischer Ineffizienz. Die Deregulierung des Finanzsystems hat die Wirtschaft anfälliger für diese Übertreibungen gemacht. Die zahlreichen, häufiger und tiefer werdenden Finanzkrisen zeigen es.



Bislang ist weder auf der Ebene der Mitgliedsstaaten noch auf der EU-Ebene selbst eine Politik erkennbar, die sich entschlossen gegen diese Übertreibungen stellt. Stattdessen regiert der Markt: Die Länder, die besonders unter der Krise leiden, werden durch massive Zinserhöhungen von den Finanzmärkten zusätzlich unter Druck gesetzt. Länder wie Deutschland, Österreich oder die Niederlande profitieren von der Krise im Rest Europas durch historisch nie da gewesene Niedrigzinsen, die allein dem deutschen Finanzminister Zinsausgaben im zweistelligen Milliardenbereich erspart.

Zu den Ursachen der Krise gehört auch, dass in den letzten Jahrzehnten immer mehr Regulierungen auf den Kapitalmärkten abgeschafft wurden. Staaten sehen sich deshalb einem wachsenden Steuerwettbewerb ausgesetzt, um für Investoren attraktiv zu sein.

Zugleich haben die Banken ihre Kreditvergabe in einzelnen Sektoren massiv ausgeweitet. Das wurde gefördert durch eine lang anhaltende Phase der Geldexpansion, ohne dass das so geschaffene Kapital in nachhaltige Investitionen geflossen wäre. Verschärft wird die Situation noch dadurch, dass die Finanzmärkte immer intransparenter werden und ihre Überwachung damit schwieriger wird. Hier hätte die EU ein gewaltiges Machtpotenzial, um gegenzusteuern. In den letzten Jahrzehnten hat sie es leider vor allem dazu genutzt, die Situation weiter zu verschlimmern.

1.2...transportiert die Krise in die Realwirtschaft

Statt sich aber diesen Übertreibungen entgegenzustellen, wurden und werden diese von der Politik gefördert. Jetzt, in der Krise, kommt es zu drastischen Sparpaketen bei den Staatshaushalten und zu Steuererhöhungen, die den Abschwung verstärken. Die Steuererhöhungen sind meist falsch ausgerichtet und treffen vornehmlich die unteren und mittleren Einkommensgruppen. Auf der EU-Ebene ist keine Politik erkennbar, die in nennenswertem Umfang zwischen den Staaten umverteilt, die gegenwärtig unter der Krise leiden beziehungsweise von ihr profitieren.

Seit der Einführung des Euro kam es mangels einer wirtschaftspolitischen Koordination auf europäischer Ebene in vielen Mitgliedsstaaten zu gravierenden Fehlentwicklungen.

Nicht nur im Finanzsystem, auch in der Realwirtschaft wurde darauf gesetzt, dass sich durch entfesselte Märkte wie von selbst eine Konvergenz der Volkswirtschaften im Euroraum einstellen würde. Diese Annahme wurde durch den bisherigen Verlauf der Krise gründlich widerlegt.

Die deutsche Politik hat die Krise vor allem dadurch verschärft, dass sie die Investitionsquote dramatisch nach unten trieb und, trotz hoher Wettbewerbsfähigkeit, durch Maßnahmen der Agenda 2010 Lohn- und Sozialdumping gefördert hat. In Spanien trug vor allem das Platzen einer gigantischen Immobilienblase zur Krise bei, der die verantwortliche nationale Politik und die



europäischen Institutionen vorher jahrelang tatenlos beim Wachsen zugesehen hatten. In Irland verschlang die Rettung eines über viele Jahre durch laxen Finanzvorschriften verhätschelten Bankensystems enorme Summen, und die Steuerbasis war nach jahrelangem Wettlauf nach unten zu niedrig, um den Staat zu finanzieren. Und in Griechenland ist eine überdimensionierte und in weiten Teilen nicht funktionierende öffentliche Verwaltung Teil des Problems, die neben vielen anderen Defiziten auch große Probleme mit der Besteuerung hoher Einkommen und großer Vermögen hat.

Auch wenn der Blickwinkel dieses Papiers vor allem der EU gilt, darf nicht vergessen werden, dass diese Krise global ist. Zu ihren Hintergründen gehört auch der relative Abstieg der USA als einzig verbliebener Supermacht und der wirtschaftliche Aufstieg neuer Mächte wie der BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika.

Was in herkömmlichen Interpretationen meistens ausgeblendet wird, ist der patriarchale Charakter der Krise. Der Finanzsektor, also der Hauptverursacher der Krise, ist von Männern dominiert. Die Frage, ob Frauen in denselben Positionen verantwortungsvoller gehandelt hätten, ist müßig, denn das patriarchal geprägte Wirtschafts- und Finanzsystem mit dem Fokus auf dem „Markt“ bestimmt letztlich beide Geschlechter. Aber gerade dieser Fokus schließt die nicht marktförmige Arbeit, also die „Care“-Arbeit, aus. Das führt dazu, dass die in den bisherigen Antworten benannten Investitions- und Konjunkturprogramme hauptsächlich den männerdominierten Arbeitsbereich berücksichtigen. Der Dienstleistungsbe-

reich, in dem die (prekären) Frauenarbeitsplätze angesiedelt sind, spielt eine nachrangige Rolle. Mit den Kürzungen im sozialen Bereich sind Frauen nun doppelt betroffen. Einerseits mit dem Verlust der Arbeitsplätze, und andererseits sind sie zur zusätzlichen unentgeltlichen Arbeit gezwungen, um die Kürzungen im privaten Bereich zu kompensieren (Pflege, privater Sparhaushalt, Bildungsarbeit mit den Kindern). Somit hat die Krise nicht nur die Realwirtschaft erreicht, sondern auch die vor allem auf den Schultern von Frauen ruhende Reproduktionssphäre.

Vorläufiges Zwischenergebnis der krisenhaften Entwicklung in der EU ist, dass den exportstarken Mitgliedern im Zentrum Staaten mit starker Verschuldung und hohen Handelsbilanzdefiziten an der Peripherie gegenüberstehen. Mit Einführung der Währungsunion verschwand die Möglichkeit, dieser Entwicklung durch eine Neujustierung der Wechselkurse gegenzusteuern. Soll die internationale Wettbewerbsfähigkeit der kriselnden Volkswirtschaften nicht durch eine drastische Absenkung des Lebensstandards der meisten dort lebenden Menschen erkauft werden, ist mehr innereuropäische Solidarität notwendig.

Eine solche Solidarität ist nicht nur aus altruistischen Motiven geboten, sondern liegt auch im wohlverstandenen Eigeninteresse. Eine durch Lohn- und Sozialdumping in den Krisenstaaten wiederhergestellte Konkurrenzfähigkeit würde statt des Steuer-senkungswettlaufs eine andere Art des Wettlaufs nach unten auslösen und über kurz oder lang auch Löhne und Sozialleistungen in Deutschland gefährden. Außer-



dem handelt es sich bei diesen Staaten um wichtige Handelspartner, deren wirtschaftlicher Zusammenbruch auch hier viele Arbeitsplätze kosten würde. Und auch die Kredite, die diese Länder aufgenommen haben, werden sie auf Dauer nur dann bedienen können, wenn es zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Erholung kommt. Vor allem jedoch gefährdet das Entstehen von Armutszonen in der EU die Legitimation und die öffentliche Unterstützung der europäischen Einigung selbst.

2. Europäische Antworten

Betrachtet man, was angesichts der Herausforderungen notwendig ist und was derzeit möglich erscheint, so zeigt sich eine große Kluft. Vieles droht an derzeit noch fehlenden Mehrheiten und hohen juristischen Hürden zu scheitern. Um dies zu ändern, müssen auch in Deutschland noch viel mehr Menschen für einen grundlegenden Politikwechsel aktiv werden. All das muss zudem schnell geschehen, da die Krise nicht wartet.

Der Ausgang der Krise ist aber nach wie vor offen. Krisenhafte Zuspitzungen bergen Risiken, aber auch Chancen. In ihnen können sich politische Allianzen und Handlungsmöglichkeiten ergeben, die zuvor über Jahrzehnte blockiert waren. Die folgenden Vorschläge sollen einen Beitrag dazu leisten, solche Chancen zu nutzen.

2.1 Europäische Vision

Unsere Vision einer besseren Zukunft ist bereits im Papier „Sozialökologischer Ge-

sellschaftsumbau auf dem Weg in eine Solidarische Moderne“ ausführlich dargelegt worden. Dort Festgehaltenes soll deshalb hier nicht noch einmal wiederholt werden. Stattdessen konzentriert sich dieses Papier darauf, die dort vorgestellte Vision für die EU-Ebene im Angesicht der Eurokrise zu präzisieren.

An erster Stelle stehen für uns dabei Solidarität und Demokratie. Wir sind der Ansicht, dass ein an diesen Werten ausgerichtetes Europa ein wichtiger Zwischenschritt hin zu einer Welt sein kann, die auch im globalen Maßstab nach diesen Werten organisiert ist.

Ein solches Europa ist nicht ein Europa der Nationalstaaten, sondern eines seiner Bürgerinnen und Bürger. Diese haben neben ihren Rechten als Angehörige ihres jeweiligen Nationalstaats auch europäische Bürgerrechte, die allen Unionsbürger_innen garantiert sind. Entsprechend gilt es Maßnahmen zu ergreifen, mit denen sich der Weg vom derzeitigen Zustand eines krisengeschüttelten Europas hin zu einem Europa der Solidarität, des Friedens und der Demokratie, auf der Grundlage einer sozial-ökologisch vertretbaren Wirtschaftsweise, zurücklegen lässt.

2.2 Kriterien für die europäischen Maßnahmen

Bevor im Folgenden die Maßnahmen aufgelistet und begründet werden, mit denen dieser Weg beschritten werden kann, soll kurz darauf eingegangen werden, welchen Kriterien alle Maßnahmen genügen müssen, die wir vorschlagen. Alle Maßnahmen



sollten möglichst das Potential haben, den notwendigen sozial-ökologischen Umbau in Europa weiter voranzubringen, mindestens aber ihm nicht im Wege zu stehen. Umgesetzt werden dürfen sie nur mit demokratischer Legitimation.

Außerdem müssen sie realitätstauglich, also sowohl auf der technischen als auch auf der politischen Ebene in einem überschaubaren Zeitraum umsetzbar sein. Das bedeutet nicht, sich nur auf solche Maßnahmen zu beschränken, für die Mehrheiten bereits vorhanden oder zumindest in greifbarer Nähe sind, oder nur solche Vorschläge vorzulegen, die sich im Rahmen der aktuell gültigen Verträge und deren vorherrschender Interpretation bewegen.

Zahlreichen Vertragsänderungen in der Vergangenheit gingen Gesetzesänderungen auf nationalstaatlicher Ebene und Übereinkommen in zwischenstaatlichen Verträgen voraus. Später wurden diese Vorhaben dann auch in den EU-Verträgen festgeschrieben. Dass eine bestimmte Maßnahme nur nach einer Vertragsänderung für alle EU-Staaten rechtsverbindlich durchgesetzt werden kann, bedeutet deshalb nicht, dass man bis dahin nichts unternehmen könnte. Die im Rahmen der EU-Verträge mögliche „verstärkte Zusammenarbeit“ einzelner Mitglieder ist ein Weg, um fortschrittliche Ansätze voranzubringen, auch wenn nicht immer gleich alle Länder der EU mitziehen wollen. Die verabredeten Maßnahmen gelten dann zwar nur für die EU-Staaten, die sich zum Mitmachen entschlossen haben. Die Erfahrung zeigt aber, dass die Chance auf eine für alle verbindliche Regelung steigt, je entschlossener solche Maßnahmen vorher auf

anderen Ebenen vorangetrieben wurden. Über die verstärkte Zusammenarbeit wird auch das Europaparlament an weiteren Integrationsschritten beteiligt. Im Gegensatz hierzu errichten neue intergouvernementale Verträge wie der Fiskalpakt demokratisch schwache Parallelgebäude zu den europäischen Institutionen.

Nicht akzeptabel ist für uns alles, was die aktuell stattfindenden Verarmungsprozesse zur Voraussetzung hat oder diese sogar noch verstärkt. Ebenso lehnen wir jede Art der Wirtschaftsförderung ab, die erreichte ökologische Standards senkt oder die Krise auf Kosten außereuropäischer Länder löst.

Damit scheiden eine ganze Reihe von Maßnahmen der aktuellen Krisenpolitik aus, wie zum Beispiel Einkommenskürzungen bei Kleinverdienern, der Abbau demokratischer gewerkschaftlicher Rechte bei Tarifauseinandersetzungen oder die Verlagerung von Substanz- und Ertragssteuern (Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Erb- und Vermögensteuer) auf Verbrauchssteuern (insbesondere die Mehrwertsteuer).

2.3 Aufbau des vorgeschlagenen Maßnahmenkatalogs

Inhaltlich sind die vorgeschlagenen Maßnahmen sechs Themenbereichen zugeordnet:

- In die Zukunft investieren, statt sie kaputt zu kürzen,
- die Abhängigkeit der Staaten von Kapitalmärkten verringern,



- Finanzmarktregulierung und -aufsicht ausbauen,
- Exportüberschüsse der starken Länder und Defizite der Krisenländer abbauen,
- Lastenausgleich/ Krisenkosten fair verteilen,
- Demokratie lebendig machen und erhalten.

Bezogen auf ihre zeitliche Umsetzbarkeit lassen sich alle Bereiche in

- Sofortmaßnahmen,
- innerhalb der derzeit gültigen EU-Verträge umsetzbare Maßnahmen und
- nur nach einer Änderung der EU-Verträge umsetzbare Maßnahmen einteilen.

Maßnahmen, die jetzt bereits von einzelnen Mitgliedsstaaten gemeinsam im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit durchgeführt werden könnten, für ihre rechtsverbindliche Einführung in allen EU-Staaten aber auf Grund der derzeit erforderlichen Einstimmigkeit mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit einer Vertragsänderung bedürfen, sind jeweils in beiden Bereichen aufgeführt.

2.4 Maßnahmenkatalog

2.4.1 In die Zukunft investieren, statt sie kaputt zu kürzen

Wir kritisieren an der aktuellen Krisenpolitik, dass sie einseitig auf Austeritätspolitik setzt und die Chance für eine sozial-ökologische Entwicklung bisher ungenutzt bleibt. In Griechenland sank das BIP seit Ausbruch der Krise bereits um circa ein Fünftel, ohne

dass eine Trendwende in Sicht ist. Lediglich die Exporte haben sich ein wenig erholt. Als Konsequenz steigt nicht nur die Arbeitslosigkeit auf immer neue Rekordwerte, sondern die Staatseinnahmen brechen noch schneller ein, als das nächste Kürzungspaket geschnürt werden kann. Der Schuldenstand steigt deshalb weiter. Gleichzeitig sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass selbst nach dem bereits erfolgten Schuldenschnitt die verbleibenden Kredite jemals zurückgezahlt werden können.

Die Kosten dieser Austeritätspolitik weisen weit in die Zukunft. Mit einer Jugendarbeitslosenquote von 50%-60% in einigen Ländern droht eine lebenslängliche Arbeitslosigkeit, weil der Einstieg in das Berufsleben unmöglich wird. Durch Auswanderung eines Teils der Jugend verlieren die Länder talentierten Nachwuchs.

Beschämend ist die Rolle der deutschen Bundesregierung, die bei der Durchsetzung der Austeritätspolitik auf europäischer Ebene den Takt vorgibt. Da die Zinsen auf deutsche Staatsanleihen durch die Krise drastisch gesunken sind, ist Deutschland gegenwärtig einer der größten Profiteure der Krise. Gleichzeitig nützt der geschwächte Kurs des Euro besonders der starken deutschen Exportwirtschaft. Doch statt einen Teil dieser Mittel zur Bekämpfung und Überwindung der Krise zur Verfügung zu stellen, setzt die Bundesregierung ihr politischen Gewicht ein, immer neue Kürzungspakete in den betroffenen Krisenländern durchzusetzen.



	Sofortmaßnahmen	Innerhalb der Verträge umsetzbar	Nach Vertragsänderung umsetzbar
In die Zukunft investieren, statt sie kaputt zu kürzen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ sozial ausgewogene Auflagen für die Hilfskredite ▪ Schuldenaudits ▪ Sozial-ökologische Investitionsprogramme 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausrichtung auf sozial-ökologisches Wachstum und nachhaltige Industriepolitik ▪ Änderung der Erfolgsindikatoren 	
Abhängigkeit der Staaten von Kapitalmärkten verringern	<ul style="list-style-type: none"> ▪ ESM verändern, Hilfskredite an Banken direkt und nicht nur über Staatshaushalte vergeben 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Schulden-Tilgungsfonds einrichten (Wirtschaftsweise) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Euro-Bonds einführen
Finanzmarkt-regulierung und -aufsicht ausbauen		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bankenunion ▪ Finanzmarkt TÜV ▪ Trennbanken, Too-big-to-fail-Banken aufspalten ▪ Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen ▪ Bevorteilung risikoarmer Bankenmodelle ▪ Schattenbanken regulieren ▪ Finanztransaktionssteuer ▪ Europäischer Bankenabwicklungsfonds 	



	Sofortmaßnahmen	Innerhalb der Verträge umsetzbar	Nach Vertragsänderung umsetzbar
Exportüberschüsse und Defizite abbauen	<p>Für Überschussländer:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Mindestlöhne ▪ Höhere Sozialleistungen ▪ Höhere Löhne <p>Für Defizitländer:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Exportwirtschaft stärken ▪ Investitionen in höhere Produktivität 		
Lastenausgleich/ Krisenkosten fair verteilen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bessere Bekämpfung von Steuerkriminalität 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Änderungen bei Struktur- und Regionalfonds ▪ Europäische Steuerpolitik ▪ Ausgleichsunion für willige EU-Staaten 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Europäische Steuerpolitik nach Mehrheitsprinzip ▪ Ausgleichsunion für alle
Demokratie lebendig machen und erhalten		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Alle weiteren Maßnahmen der stärkeren Integration in der Eurozone in verstärkter Zusammenarbeit unter Beteiligung des Europaparlaments 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ EU-Kompetenzen zur Verhinderung selbstzerstörerischen Wettbewerbs ▪ Stärkung des EU-Parlaments ▪ ESM und Fiskalpakt inhaltlich verändert in EU-Recht



Wir wollen eine Wirtschaftspolitik im Dienst einer sozial-ökologischen Entwicklung. Grundvoraussetzung für eine solche Politik ist allerdings, dass die Abwärtsspirale gestoppt wird, in die die Länder durch die aktuelle Krisenpolitik geraten sind. Dazu bedarf es einer grundlegenden Änderung der Kreditvergabekriterien durch Einrichtungen wie die EFSF und den ESM, sowie einer Vergemeinschaftung oder Streichung der für einzelne Länder nicht tragfähigen Schulden. Sollte es zu einem Schuldenschnitt kommen, muss dies im Rahmen eines transparenten und sozial ausgewogenen Verfahrens geschehen. Augenblicklich sind die Kredite von der Troika aus EU-Kommission, EZB und IWF vor allem darauf ausgerichtet, den Krisenstaaten an den Finanzmärkten die Bedienung fällig werdender Zinsen und Kreditrückzahlungen zu ermöglichen.

Eine weitere wichtige Rolle spielt die Rekapitalisierung von unterkapitalisierten Banken. Nur ein äußerst geringer Teil der sogenannten „Hilfskredite“ steht für Zukunftsinvestitionen in den Krisenstaaten zur Verfügung. Statt investieren zu können, müssen sich die Staaten zu gravierenden Ausgabenkürzungen und umfangreichen Privatisierungen verpflichten, bei denen nur schwerlich faire Erlöse zu erzielen sein werden. Genau dadurch wird jedoch die langfristige Schuldentragfähigkeit umso mehr gefährdet.

Da, wo Kredite zur Rekapitalisierung der Banken gewährt werden, muss dies mit der Umsetzung der in diesem Text vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bankenregulierung verbunden werden. Auf jeden Fall sollen

derartige Kredite nicht vergeben werden, ohne dass der Staat bei den Banken im Gegenzug entsprechende Einflussmöglichkeiten auf die Geschäftspolitik bekommt und diese auch aktiv nutzt. So muss unter anderem künftig gewährleistet sein, dass eine Stabilisierung von Banken vor allem der Kreditversorgung der Realwirtschaft dient; Steuerflucht und Kapitalflucht dürfen nicht unterstützt werden. Völlig unakzeptabel ist, dass Banken und Staaten ihre Geschäftsmodelle auf Steuerdumping und Geldwäsche aufbauen, wie es in Irland und Zypern der Fall war und teilweise noch ist.

Einen wichtigen Beitrag zum Umsteuern können Schulden-Audits leisten, wenn dabei die politische Verantwortung für die Kreditgewährung auf Gläubigerseite und die Kreditaufnahme auf Schuldnerseite transparent gemacht und die Verwendung der geliehenen Gelder untersucht wird. Die damit verbundene Aufdeckung von Verschwendung und Korruption wäre ein Beitrag, die vorhandenen Mittel zukünftig zielgerichtet einzusetzen. Sollen Schulden gestrichen werden, muss auch dies im Rahmen eines Schulden-Audits geschehen. So sollen die Gläubiger entsprechend ihrer Mitverantwortung unterschiedlich an den Kosten eines Schuldenschnitts beteiligt werden. Schuldenstreichungen setzen jedoch voraus, dass die jeweiligen Staaten gleichzeitig Anstrengungen unternehmen, große Vermögen und Einkommen effektiv zu besteuern.

Neben diesen Sofortmaßnahmen müssen mittelfristig ausreichend Kredite an die Krisenländer für sozial-ökologische Zukunftsinvestitionen zur Verfügung stehen. Beispiele sind zuvorderst wirtschaftliche



Projekte der nachhaltigen Entwicklung wie Energieeffizienz, sanfter Tourismus, Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur und Bildung. Zur Ausrichtung auf ein sozial-ökologisches Wirtschaftsmodell müssen sich die Indikatoren verändern, mit denen die Qualität der Wirtschaftsentwicklung gemessen und bewertet werden. Statt sich wie bisher vor allem am BIP zu orientieren, müssen Indikatoren, die den sozialen Zusammenhalt oder die ökologische Nachhaltigkeit messen, ein stärkeres Gewicht bekommen. Beispiele für solche Indikatoren sind Armutsgefährdung oder CO₂-Ausstoß.

2.4.2 Abhängigkeit der Staaten von den Kapitalmärkten reduzieren

Deutschland befindet sich in der Sondersituation extrem niedriger Zinsen, weil es (zu Recht) als sicherer Hafen gilt. Deshalb waren die Zinsen für die Kreditaufnahme des deutschen Staates umso niedriger, je mehr sich die Krise im europäischen Umland verschärfte. Zahlte der Bund vor der Krise etwa 4% für die 10jährigen Papiere, so waren es zu Beginn des Jahres 2012 etwa 2% und bei der spekulativen Debatte über das Ende des Euro im Juni noch um 1,2%. Mit Überwindung der Krise wird das Zinsniveau für Deutschland also ansteigen. Im Februar 2013 führte die Kandidatur des konservativ populistischen Politikers Berlusconi in Italien teilweise zu einem Wiederanstieg der Zinssätze für Italien bei gleichzeitiger Absenkung für Deutschland. Nach dem Teilerfolg Berlusconis verstärkte sich dieser Trend.

Die Entwicklung im Finanzsektor Ende 2012 und Anfang 2013 ist dadurch gezeichnet, dass die spekulative Überzeichnung deutlich abgebaut wurde und die Leistungsbilanzdefizite der Peripheriestaaten deutlich geschrumpft sind. Die um spekulative Zinsschläge bereinigten Zinssätze sichern den betroffenen Ländern etwas größere Handlungsspielräume. Es bleibt allerdings bei weiterhin absolut steigenden Zinslasten für die Peripheriestaaten und auch ihre Unternehmen, was die Wettbewerbsvorteile des Kerns rund um Deutschland weiter erhöht. Die Ankündigung der EZB, den Euro zu verteidigen, war entscheidend für den Abbau der spekulativen Übertreibungen. Einen Eckpfeiler des neuen Finanzsektors bildet deshalb die EZB, die faktisch neben der Wahrung der Geldstabilität die Verteidigung des Euro gegen Spekulation als Aufgabe übernommen hat.

Um das spekulative Potential der privaten Investoren gegenüber kriselnden Staaten zukünftig zu verringern, muss die Abhängigkeit der Staatsfinanzierung von den Kapitalmärkten insgesamt reduziert werden. Eine erste Maßnahme dazu kann ein erleichterter Zugang von Krisenstaaten zu Krediten des ESM sein. Dadurch können Staaten, die derzeit am Kapitalmarkt Kredite zu besonders niedrigen Zinsen bekommen, durch ihre Finanzierung des ESM einen Teil dieser Zinsvorteile an die Staaten weitergeben, die am Kreditmarkt Mittel nur zu deutlich höheren Zinsen bekommen. Ergänzend dazu soll dem ESM eine Banklizenz erteilt werden, so dass auch er einen direkten Refinanzierungszugang zur Europäischen Zentralbank erhält.

Müssen derzeit in einem Krisenstaat Banken rekaptalisiert werden, weil sie insolvent sind und als systemrelevant gelten, geschieht das über einen Kredit an den jeweiligen Nationalstaat, den dieser an die betroffenen Banken weiterleitet und dafür entweder Anleihen oder Anteile an den Banken erhält. Da dadurch seine Schuldenquote steigt, sinkt seine Kreditwürdigkeit. Das hat wiederum Rückwirkungen auf das Bankensystem. Denn Banken besitzen in der Regel besonders viele Staatsanleihen ihres Heimatlandes. Häufig bürgen Staaten auch für Bankkredite, und diese Bürgschaften werden ebenfalls entwertet. Es kommt zu einem Teufelskreis, bei dem sich Staat und Banken gegenseitig in den Konkurs treiben. Wenn der ESM die Banken direkt mit neuem Kapital versorgt, kann dieser Teufelskreis – so die Argumentation – durchbrochen werden.

Die Furcht vor einem Schuldenschnitt oder gar Staatsbankrott ist ein weiterer Übertragungskanal in diesem Teufelskreis. Zwar soll ein Schuldenschnitt den Staatshaushalt entlasten, aber wenn dieser die heimischen Banken in die Pleite treibt und diese dann wieder auf Staatskosten gerettet werden, hat man finanziell nichts gewonnen. Die Konsequenz der Anleger: Kapitalflucht. Ähnlich sähe es bei einem Auseinanderbrechen der Eurozone aus. Würden zum Beispiel griechische Anleihen nach einem Euro-Austritt Griechenlands weiterhin in Euro abgerechnet, würden auf Grund der Abwertung der neuen griechischen Währung die Zahlungsverpflichtungen stark steigen. Wäre ein Staatsbankrott Griechenlands also nicht der Grund für einen griechischen Euro-Austritt, dann wäre der Staatsbankrott in jedem Fall

die Folge eines Austritts. Die Entkopplung der Bankenkrise von den Staatsschuldenkrise, so weit immer möglich, ist das nächstliegende Instrument zur Verringerung der Abhängigkeit der Staaten von den Finanzmärkten.

Eine weitere Möglichkeit wäre die Vergemeinschaftung der Schulden in einem gemeinsamen Schuldentilgungsfonds. Dazu würden kriselnde Staaten den Teil ihrer Staatsschulden, der 60 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts übersteigt, in einem gemeinsamen Fond bündeln. Diesen garantieren dann alle Euro-Staaten gemeinschaftlich. Die Zinslast für diesen vergemeinschafteten Teil der Staatsschulden sinkt dadurch auf ein niedrigeres europäisches Niveau. Zugleich sinken auch die Schuldenquoten der beteiligten Länder mit der Folge, dass diese schneller wieder Zugang zu den Finanzmärkten zu günstigeren Zinssätzen bekommen könnten. Um die Haftungsrisiken zu begrenzen, müssen alle teilnehmenden Staaten nach dem Modell des deutschen Sachverständigenrats ihre ausgelagerten Schulden mit materiellen Sicherheiten unterlegen. Für dieses Modell gibt es seit längerem eine fraktionsübergreifende Mehrheit im Europaparlament.

Eine weitere Maßnahme ist die Einführung von Eurobonds. Sie erfordert eine Änderung der EU-Verträge. Hier geben finanzstarke Länder einen Teil ihrer Zinsvorteile an weniger finanzstarke Staaten weiter, indem sie gemeinsame Emissionen tätigen oder Emissionen mit gemeinsamer Garantie. In allen genannten Fällen muss verhindert werden, dass einzelne Staaten den Zugang zu Krediten, für die die Gemeinschaft haftet,

für Zwecke missbrauchen, die nicht im Sinne dieser Gemeinschaft sind. Deshalb müssen gleichzeitig mit der Vergemeinschaftung der Schulden Maßnahmen festgeschrieben werden, die eine Verwendung der Mittel im Sinne eines sozial-ökologischen Umbaus festschreiben, die die Fehlentwicklungen nach der Euro-Einführung, d.h. vor allem die Leistungsbilanzungleichgewichte, korrigieren und insgesamt die Produktivität in den Peripherieländern stärken.

2.4.3 Finanzmarktregulierung und -aufsicht

Nach einer mehrere Jahrzehnte dauernden Phase der Deregulierung wird seit Ausbruch der Finanzkrise wieder intensiver darüber diskutiert, die Finanzmärkte stärker zu regulieren. In einigen Bereichen hat das global, in der EU als auch auf nationaler Ebene bereits zu ersten Maßnahmen geführt. So müssen in Zukunft Banken höhere Eigenkapitalanforderungen erfüllen, und in der EU dürfen seit kurzem Kreditversicherungen gegen den Ausfall von Staatsanleihen nur noch dann gehalten werden, wenn auch tatsächlich entsprechende Kredite vergeben wurden. Demnächst wollen endlich einige EU-Staaten im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit eine Finanztransaktionssteuer einführen - als Beitrag des Finanzsektors zur Finanzierung der Krisenfolgen, wenn auch mit einem zu geringen Steuersatz. Derartige Fortschritte sind zu begrüßen, bleiben aber in ihrer Gesamtheit immer noch weit hinter dem zurück, was eigentlich erforderlich wäre. So werden die Einnahmen daraus, anders als von vielen zivilgesellschaftlichen Akteuren gefordert,

wohl eher in die allgemeinen Haushalte fließen, als zur Bekämpfung von Armut verwandt werden.

Eines der derzeit in der EU am heftigsten diskutierten Projekte ist die Einführung einer Bankenunion. Dabei geht es eigentlich um drei Projekte, die eng miteinander verbunden sind:

- Die Errichtung einer gemeinsamen europäischen Bankenaufsicht,
- ein gemeinsames Einlagensicherungssystem, und
- ein einheitliches europäisches Regime zur Stützung und gegebenenfalls Abwicklung kriselnder Banken, dessen Kosten von den Eigentümern und Gläubigern der Banken und in letzter Instanz über einen gemeinsamen europäischen Bankenrettungsfonds getragen werden soll, welchen die Banken selbst finanzieren sollen.

Die meisten Banken in den Krisenstaaten sind derzeit auf eine Refinanzierung durch die EZB angewiesen, auch weil ihnen unabhängig von ihrem eigenen wirtschaftlichen Erfolg das Länderrisiko ihres Sitzlandes zugerechnet wird. Dies führt faktisch dazu, dass diese Banken als Kreditnehmer von den internationalen Kapitalmärkten abgeschnitten sind. Gleichzeitig leiden sie zunehmend unter nicht oder nur teilweise bedienten Krediten und unter einer zunehmenden Kapitalflucht, weil Einlagen bei ihnen nicht mehr als sicher gelten. Sollte sich dieser Trend fortsetzen, droht am Ende der Zusammenbruch der betroffenen Bankensysteme. Die hierbei besonders wichtige



Quote der notleidenden, also der nicht bedienten Kredite, kann nach allen historischen Erfahrungen nur umgekehrt werden, wenn es zu dem an anderer Stelle im Papier beschriebenen nachhaltigen Wachstum kommt.

Schon die Befürchtung eines instabilen Bankensystems kann zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung werden. Deshalb ist es sinnvoll, rechtzeitig gegenzusteuern und die nationalen Bankensysteme stärker zu vergemeinschaften. Die Pläne zu einer Bankenunion gehen deshalb grundsätzlich in die richtige Richtung. Es kommt dabei aber sehr auf die Details an.

Bankenaufsicht: Kaum jemand bestreitet, dass die nationalen Bankenaufsichten in der Krise dramatisch versagt haben. Ursachen dafür sind die mangelnde grenzüberschreitende Sichtweise auf Finanzinstitute und die Tendenz nationaler Behörden, im Interesse heimischer Banken schon mal ein Auge zuzudrücken. In diesem Sinne spricht viel für eine Europäische Bankenaufsicht. Der Ansatz der EU-Kommission, alle Banken einer zentralen Aufsicht bei der EZB zu unterstellen, weist aber gravierende Nachteile auf. Sinnvoll ist, Banken, deren Geschäftsmodelle risikoreich sind und/oder internationale Auswirkungen haben, unter europäische Aufsicht zu stellen und für diesen zahlenmäßig geschrumpften Sektor ausreichende Kapazitäten zur Kontrolle vorzuhalten. Der jetzt gefundene Kompromiss mit einer Volumengrenze und mit der Möglichkeit der europäischen Bankenaufsicht, riskante kleinere Banken an sich zu ziehen, geht in die richtige Richtung.

Dass die Bankenaufsicht bei der EZB angesiedelt wird, schafft einen Interessenskonflikt innerhalb der EZB zwischen der Funktion der Aufsicht und der Liquiditätsversorgung. Zudem wird der Aufsichtsteil nur mit sehr komplizierten Mechanismen einer Rechtskontrolle und Demokratiekontrolle unterworfen werden können, wie zum Beispiel der Klagemöglichkeit von Bankkunden und Bankeigentümern gegen möglicherweise falsche Entscheidungen der Aufsicht. Deshalb ist die Weiterentwicklung zu einer getrennten Aufsichtsinstitution (und einer entsprechenden Veränderung der EU Verträge) sinnvoll und notwendig.

Einlagensicherung: Eine gemeinsame Einlagensicherung kann grundsätzlich ein wichtiger Beitrag dazu sein, die Kapitalflucht aus den Krisenstaaten zu stoppen, weil sich dort eine Einlagensicherung in den nationalen Grenzen nicht mehr gewährleisten lässt. Wenn eine normale private Einlage bei einer Bank in Griechenland oder Spanien gesichert wird, braucht niemand mehr Angst vor einem Zusammenbruch des Bankensystems zu haben und sein Geld ins Ausland zu transferieren.

Bei der Vergemeinschaftung der in den unterschiedlichen Staaten historisch gewachsenen Systeme der Einlagensicherung ist aber ein wichtiger Aspekt zu beachten: Sie darf auf keinen Fall dazu führen, dass Banken mit risikoärmeren Geschäftsmodellen unverhältnismäßig stark für Risiken von Banken mit risikoreicheren Geschäftsmodellen mithaften müssen.

Das Problem gilt insbesondere für Deutschland, denn eine europäische Einlagensiche-



rung würde die deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken schwächen. Diese beiden Bank-Sektoren, die sich im Gegensatz zu den privaten Großbanken und den Landesbanken deutlich weniger an den Casino-Geschäften beteiligt haben, sichern nicht nur die Einlagen Ihrer Kunden ab, sondern sie sichern als Verbund zu, dass jede Sparkasse und jede Volksbank bei Schieflage von der Gesamtheit aller Sparkassen bzw. Genossenschaftsbanken gestützt wird. Diese sogenannte Institutssicherung ist die stärkste denkbare Einlagensicherung. Sie könnte einer europäischen Einlagensicherung zum Opfer fallen. Damit fiel eine zentrale Stärke der Sparkassen und Genossenschaftsbanken weg, die uns in Deutschland bislang vor dem Oligopol weniger Großbanken wie z.B. in Großbritannien bewahrt hat. Sparkassen und Volksbanken sind das Rückgrat der Kreditversorgung von klein- und mittelständischen Unternehmen. Ohne diese Banken droht ein Oligopol der Großkonzerne in der Realwirtschaft, verbunden mit einem riesigen Verlust an Arbeitsplätzen und ökonomischer Diversität.

Eine konstruktive Lösung kann darin bestehen, eine europäische Einlagensicherung zusätzlich zu bestehenden erfolgreichen Systemen anzulegen und die bestehenden Verbundlösungen darin zu integrieren und nicht zu doppeln.

Bankenstützung und Abwicklung: Banken müssen ihre Geschäfte in Zukunft mit mehr Eigenkapital unterlegen. Die geplanten Regelungen zu Basel III sind besser als die bisherigen, bleiben aber auf Grund zu vieler Ausnahmen, zu geringer Anforderungen an

die Liquidität im Krisenfall sowie zu langer Übergangsfristen (bis 2019) nach wie vor hinter den Erfordernissen zurück. Letztlich ist nicht einzusehen, warum auch nach Umsetzung von Basel III Bankgeschäft mit so wenig Eigenkapital betrieben werden darf.

Nach wie vor ungelöst ist das Problem der systemrelevanten Banken. Bei diesen wird angenommen, dass sie bei einem drohenden Konkurs unbedingt gerettet werden müssten, weil die Folgen für die Gesellschaft sonst verheerend wären. Da diese Banken bei Problemen immer damit rechnen können, Hilfe zu erhalten, können sie besonders sorglos Risiken eingehen. Diesem Missstand muss dadurch begegnet werden, systemrelevante Banken in kleinere Einheiten zu entflechten und sie durch eine sich mit der Größe der Bank verschärfende Regulierung in risikoärmere Geschäftsmodelle zu drängen und ‚Zocken‘ unrentabel zu machen.

Wichtig dafür kann die Einführung eines Trennbankensystems sein. In einem solchen System wäre es Banken verboten, gleichzeitig im Investmentgeschäft und als normale Geschäftsbank im Kreditgeschäft tätig zu sein. Gleichzeitig hätten Investmentbanken keinen Zugang mehr zu billigen Krediten der Zentralbank beziehungsweise ihrer früheren Mutterbank. Bestehende Banken, die in beiden Bereichen tätig sind, müssten sich entscheiden, in welchem Bereich sie weiter ihre Geschäfte machen wollen. Der andere Geschäftsbereich müsste dann entweder verkauft oder eingestellt werden. Gleichzeitig müsste sichergestellt werden, dass verbleibende Investmentban-



ken nicht mit „normalen“ Geschäftsbanken und Unternehmen zum Beispiel über Finanzinstrumente in Geschäftsbeziehungen treten, die im Fall von Verlusten die Geschäftsbanken und Unternehmen bedrohen. Durch klug gestaltete Trennungen könnten auch Interessenskonflikte etwa zwischen Anlageberatung und Entwicklung von Finanzprodukten entschärft werden.

Um zukünftig zu vermeiden, dass immer wieder Steuergelder verwendet werden müssen, wenn Banken in Schwierigkeiten geraten, sollten grenzüberschreitend tätige Banken – progressiv mit ihrer Größe - wachsende Beiträge in einen europäischen Fonds einzahlen, der zukünftig mit dazu dient, Bankenrestrukturierungen beziehungsweise -abwicklungen zu finanzieren. In mehreren Ländern gibt es dazu bereits nationale Pläne. Da dieses Problem aber ein grenzüberschreitendes europäisches ist, sollte es dazu auch eine europäische Lösung für die grenzüberschreitend tätigen Banken geben.

Jenseits der Trennbank: So richtig es ist, ein Trennbankensystem einzuführen, ist es doch keine ‚eierlegende Wollmilchsau‘. Es darf auch nicht missverstanden werden als eine Erlaubnis, schädliche Produkte in dem neuen Rahmen weiter herstellen und vertreiben zu können. Deshalb bedarf es der Überwachung durch einen „Finanzmarkt-TÜV“. Seine Aufgabe wäre es, die am Finanzmarkt gehandelten Instrumente und „Produkte“ einer betriebs- und gesamtwirtschaftlichen Risiko-Kosten-Nutzen-Analyse zu unterwerfen, bevor sie in Umlauf gebracht werden dürfen. Produkte, die klar als für die Gesellschaft schädlich eingestuft

werden, erhielten keine Zulassung und wären demnach nicht erlaubt.

Alle Regulierungen der Finanzmärkte müssen gleichermaßen für Schattenbanken gelten. Sonst droht eine weitere Verlagerung von Geschäftstätigkeiten in weniger stark regulierte Bereiche.

2.4.4 Exportüberschüsse und Defizite abbauen

Die Leistungsbilanzungleichgewichte im Euro-Raum sind eine logische Folge der falsch konstruierten Währungsunion und zugleich eine wichtige Ursache der derzeitigen Euro-Krise. Die Überschüsse der einen sind automatisch die Schulden der anderen. Daher haben sich die langjährigen Ungleichgewichte in der Euro-Zone in eine Schuldenkrise Südeuropas ausgewachsen, die nun ihrerseits die Regierungen der Defizitländer und die Gläubigerbanken in den Überschussländern bedroht. Werden Ungleichgewichte über einen längeren Zeitraum nicht abgebaut, hat das automatisch zur Folge, dass Kredite nicht mehr zurückgezahlt werden können. Deshalb sollten sowohl Überschuss- als auch Defizitländer ein gemeinsames Interesse daran haben, dass diese Unterschiede sich mittelfristig wieder ausgleichen.

Bei der gegenwärtigen Krisenpolitik werden die Lasten der Anpassung jedoch einseitig den Defizitstaaten aufgebürdet. Sinnvoller wäre es, auch die Staaten mit Exportüberschüssen in die Pflicht zu nehmen. Dazu müssten diese Länder – ähnlich den derzeitigen Verfahren beim Verletzen des europäi-



schen Stabilitätspakts – über politische und finanzielle Sanktionen dazu verpflichtet werden, einerseits auf ihren Binnenmärkten für mehr Nachfrage zu sorgen und andererseits alle Praktiken einzustellen, bei denen die Wettbewerbsfähigkeit durch Dumping-Methoden erhöht wird. Die wesentliche Steigerung der Nachfrage in Deutschland kann durch erhöhte Investitionen z.B. in den Umbau des Energiesystems mit einem Schwerpunkt in der Energieeffizienz, aber auch in moderne Breitbandkabel bzw. ÖPNV-Modernisierungen erfolgen. Deutschland verbraucht seinen Kapitalstock - dieser Verbrauch hat im Jahr 2012 noch einmal zugenommen - und ‚fährt auf Verschleiß‘. Zudem muss Deutschland dafür sorgen, dass die Löhne stärker steigen, ein längst überfälliger flächendeckender Mindestlohn eingeführt wird und die Sätze für Renten und für Sozialtransfers wie Hartz IV erhöht werden. Damit würden nicht nur die Leistungsbilanzunterschiede bekämpft, sondern auch der sich immer mehr öffnenden Schere bei Einkommen und Vermögen entgegengewirkt.

Zur Überwindung der Krise gehört auch, dass sich in den Krisenstaaten selbst einiges ändert. Investitionen in die Steigerung der Produktivität, in Unternehmenssektoren, die exportfähig sind oder werden können, sowie eine Verlängerung der Wertschöpfungsketten (gerade bei der erneuerbaren Energieerzeugung und Energie- und Rohstoffeffizienz) und schließlich die Innovationsförderung in den relativen Stärken sind die Stichworte. Dazu kommt der Bereich der staatlichen Strukturreform: ohne funktionierende und effiziente öffentliche Verwaltung ist wirtschaftliche Erholung

kaum vorstellbar. Staaten wie Griechenland haben auch deshalb ein Finanzproblem, weil die Steuersysteme Besserverdienende und Vermögende zu wenig heranziehen und die Steuerbehörden zudem nicht in der Lage sind, die fälligen Steuern einzutreiben. Andere Staaten, wie z.B. Irland und Zypern, haben skandalös niedrige Steuersätze für Kapitalerträge oder große Vermögen.

Auch hohe Rüstungsetats und teure Prestigeprojekte, die die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Landes nicht voranbringen, sind ein Problem.

Dringend notwendig ist es hingegen, mehr Geld in die kollabierenden Gesundheits-, Bildungs- und Sozialsysteme zu investieren. Großer Bedarf besteht auch an geeigneten Maßnahmen zum Abbau der extrem hohen Arbeitslosigkeit, besonders unter Jugendlichen.

2.4.5 Krisenkosten fair verteilen

Mittelfristig ist die Einführung einer Europäischen Ausgleichsunion ein geeignetes Mittel, um die Leistungsbilanzunterschiede zwischen den Staaten auszugleichen. Hierbei müssen Staaten, die über einen längeren Zeitraum einen Leistungsbilanzüberschuss haben, Zuführungen an einen Europäischen Ausgleichsfonds leisten, der seinerseits den Strukturwandel zugunsten ausgeglichener Leistungsbilanzen insbesondere in den Defizitländern fördert. Keynes schlug ein solches System bereits 1944 bei der Konferenz in Bretton Woods vor, konnte sich damit aber nicht durchsetzen. Ein weiteres Element, um die Kosten notwendiger Reformen der Währungsunion zwischen den



Staaten fairer zu verteilen, ist eine Stärkung des EU-Haushalts, um eine bessere Finanzierung der Struktur- und Regionalfonds zu sichern. Die Vergabekriterien müssen konsequent in Richtung des von uns geforderten sozial-ökologischen Umbaus überarbeitet werden. Zugleich müssen auch die Kriterien für die geforderten Eigenleistungen geändert werden. Gegenwärtig scheitert die Auszahlung großer Teile der in diesen Fonds für die in die Krise geratenen Staaten bereit stehenden Gelder daran, dass diese keine Mittel für die geforderten Eigenleistungen zur Verfügung haben. Unser Vorschlag ist, in der Krise die Mittel in revolving Darlehensfonds umzuwandeln. Die Rückzahlung stellt praktisch die geforderte Kofinanzierung dar (technisch liegt der Förderwert dann auch dort, wo er liegen sollte), deshalb kann komplett auf weitere Eigenleistungen aus den nationalen Budgets verzichtet werden. Nach der positiven Erfahrung mit dem Marshall-Plan stehen diese Mittel den Peripherieländern dann dauerhaft zur Stärkung ihrer Wirtschaftskraft zur Verfügung.

Aber nicht nur zwischen den Staaten, sondern auch innerhalb der Staaten müssen die Kosten der Krise fair verteilt werden, weil überall die Kluft zwischen Arm und Reich wächst.

Ein wichtiger Beitrag dazu ist die Festlegung von Mindeststeuersätzen für die Körperschaftssteuern und als Sofortmaßnahme eine effektivere Bekämpfung von Steuerkriminalität und die Schließung aller in der EU befindlichen Steueroasen.

Um den Steuerwettbewerb innerhalb Europas zu bekämpfen, sollen die EU-Verträge so geändert werden, dass eine stärkere Vergemeinschaftung der Steuerpolitik möglich wird. Dazu muss die in diesem Bereich erforderliche Einstimmigkeit bei Abstimmungen durch das Mehrheitsprinzip ersetzt werden. Dann haben Vorhaben wie eine stärkere Harmonisierung der Steuerbemessungsgrundlagen, gemeinsame Mindestsätze für die Körperschaftssteuer, eine EU-weite Abgabe auf große Vermögen oder eine europäisch koordinierte Vermögenssteuer deutlich größere Chancen auf Umsetzung.

Aber auch da, wo Änderungen der EU-Verträge notwendig sind, wie für die Änderung der Abstimmungsregeln in Steuerfragen oder der Einführung einer Europäischen Ausgleichsunion, kann bereits heute im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit gehandelt werden. Würden in diesem Rahmen erste Schritte durch die Staaten unternommen, die zu einer solchen Politik bereit sind, würde auch die Wahrscheinlichkeit steigen, dass es irgendwann zu den notwendigen Vertragsänderungen kommt, um diese Vorhaben für alle verbindlich zu machen.

2.4.6 Demokratie

Vieles, was wir vorschlagen, erfordert mehr Kompetenzen auf europäischer Ebene. Deshalb ist es unabdingbar, dass die EU demokratischer wird. Hierzu bedarf es vor allem einer Stärkung des Europäischen Parlaments. Neben einem Initiativrecht und mehr Einfluss gegenüber Kommission und Rat, muss das Parlament Gesetzgebungs-

kompetenz in all den Bereichen europäischer Politik bekommen, die bisher von den Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten allein entschieden werden. Beispiele dafür sind Entscheidungen zur Steuerpolitik, die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und zu Institutionen und Verträgen wie ESM und Fiskalpakt.

Grundsätzlich gehört zu einer demokratischen Verfasstheit auch, dass Alternativen möglich sein müssen. Dies ist im Rahmen der derzeit gültigen Verträge nur bedingt gegeben. Deshalb bedarf es einer Überarbeitung der EU-Verträge dahingehend, dass durch die Dominanz des freien Kapital-, Waren- und Dienstleistungs-Verkehrs keine sozialen und ökologischen Errungenschaften zur Disposition gestellt werden.

Die vorgenannten Forderungen machen deutlich, wie grundlegend die EU, die europäische Währungsunion und nicht zuletzt unsere eigenen wirtschaftlichen Strukturen in Deutschland reformiert werden müssen, um das von uns gewünschte Europa „neu zu begründen“. Für die Identifikation mit Europa als einem demokratischen Projekt sollen wesentliche Elemente eines sozial-ökologischen Umbaus als „Weckruf aus Europa“ wahrgenommen würde. Einprägsame Elemente dieser Art zu entwickeln und auch publik zu machen, ist eine zentrale Aufgabe fortschrittlicher Parteien und Bewegungen.

3. Solidarisches Europa – wie?

Es ist zur Zeit weder absehbar, wie sich die strategischen Fronten entwickeln, noch welche Formation der künftige Kapitalismus

annehmen wird. Gegenwärtig ist zumindest fraglich, ob die Krise systemimmanent gelöst werden kann. Das neoliberale Akkumulationsregime scheint erschöpft zu sein, und eine neue Wachstumskonstellation wie ein Green New Deal steht politisch auf der Agenda nicht oben. Eher ist zu befürchten, dass sich ein „Weiter So“ durchsetzen wird. Dass eine Krise dieses Ausmaßes sich durch „Aussetzen“ erledigt, muss jedoch bezweifelt werden.

. Wohin die derzeitige Politik führt, liegt auf der Hand. Die von Deutschland forcierte Krisenpolitik bürdet die Krisenlast den Volkswirtschaften und Bevölkerungsgruppen auf, die von der Krisendynamik voll erfasst sind. Sie führt nicht nur in sozialer, sondern auch in ökonomischer Hinsicht zu unverantwortlichen Zuständen. Offen ist die Entwicklung Europas auch, weil nicht abzusehen ist, wie sich die gesellschaftliche plurale Linke in den derzeitigen Prozess einbringen wird. Für uns steht außer Frage, dass es notwendig ist, die Ursachen der derzeitigen Situation in Erinnerung zu rufen, denn nur wenn ein politisches Projekt diesen begegnet, besteht eine Chance darauf, die Situation zu verbessern.

Die Autor_innen dieses Denkanstoßes sind sich darüber im klaren, dass ein umfassender Zukunftsentwurf für ein solidarisches und gerechtes Europa zum einen das dialektische Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie in Anbetracht der Krise neu bewerten muss. Zum anderen ist unbestritten, dass die hier eingebrachten Forderungen in erster Linie realpolitischen Handlungsbedarf aufzeigen, der eine dringend notwendige „reale Utopie“ (Oskar Negt)



noch nicht abbildet. Eine solche „konkrete Utopie“ stellt auf sehr grundsätzliche Weise die spezifisch kapitalistischen Naturverhältnisse der Menschen in Frage, mithin die Verwertungsimperative des Kapitals, die geschichtlich immer wieder ganze Gesellschaften und Demokratien beschädigen; das Ziel emanzipatorischer Politik in der Mosaik-Linken ist daher bei aller Pluralität dasselbe – die Schaffung einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft.

Dazu gehört auch die dringend notwendige feministische Perspektive auf die Krise, die viel zu wenig Beachtung findet. Die Krise ist nicht „post-gender.“

Deshalb muss die Genderfrage einen maßgeblichen Stellenwert im Hinblick auf die politischen Alternativen einnehmen. Insbesondere im Hinblick auf die Frage der Wirtschaftsdemokratie und auf die sozial-ökologische Transformation.

Unbestritten ist auch, dass die von uns skizzierten Maßnahmen können nur dann konkrete Politik werden, wenn das Bewusstsein gemeinsamer Interessen für ein solidarisches und gerechtes Europa weiter gefördert wird. Dazu gehört von unserer Seite die Unterstützung grenzüberschreitender Streiks, Aktionen und Demonstrationen ebenso, wie der diskursive Austausch der Linken in Europa.

Die in diesem Papier enthaltenen Vorschläge sind ein Beitrag zu der Debatte, wie sie im Marshall-Plan des DGB und im Memorandum der Euro-Memorandum-Gruppe angestoßen wurde.

Diese Debatten müssen vertieft werden vertiefen, aufeinander bezogen werden und im besten Sinne eines erweiterten Crossover Prozesses Gegenhegemonie organisieren.

Wir sind – bei aller Skepsis in der Betrachtung der gegenwärtigen politischen Akteure in Deutschland und Europa – überzeugt, das ein solidarisches Europa machbar ist.

**Anmerkungen zur Methode und Entstehung des Papiers**

Der vorliegende Text ist nach der Crossover-Methode des ISM entstanden. Ziel des Diskurses war es, Positionen einer Mosaik-Linken miteinander zu vermitteln, gegenseitiges Verständnis der Gemeinsamkeiten und Differenzen zu erzielen und zu einer gemeinsamen Position zu gelangen.

Die Grundlage dieses Textes wurde als Vorschlag vom Vorstand des ISM erarbeitet. In der Summer Factory „Solidarisches Europa“ am 28.-30. September in Frankfurt wurde das Positionspapier in einem Workshop zur

Diskussion gestellt und in der Folge erheblich erweitert.

Danach wurde er in mehreren Diskussionsrunden von den Akteur_innen innerhalb des Vorstandes verdichtet und fertig gestellt.

Neben den Mitgliedern des ISM Vorstandes haben sich intensiv Stephan Lindner und Dr. Matthias Kollatz-Ahnen am Diskurs beteiligt. Ihre Positionen sind ebenfalls in das Papier eingeflossen. Wir bedanken uns sehr für diese Mitarbeit.

Das Positionspapier „Umriss einer solidarischen Wirtschafts- und Finanzpolitik“ wird ebenfalls Teil der Dokumentation der Summer Factory 2012 „Solidarisches EUropa“ sein, die immer Sommer 2013 im VSA Verlag erscheint.